



Zukunft der Zuckerrübe sichern!

Gemeinsame Resolution
des Verbandes der Hessisch-Pfälzischen Zuckerrübenanbauer e.V.,
der Vereinigung der Zuckerrübenanbauer e.V.
und des Bauern- und Winzerverbandes Rheinland-Pfalz Süd e.V.

Politik in Deutschland und Europa muss endlich verantwortungsbewusst handeln!

Die Politik der Europäischen Union und insbesondere der Kommission hat mit Unterstützung der Bundesregierung die Wende zu einer weitgehend ungeregelten Zuckerrübenproduktion in Europa beschlossen und den gesamten Sektor in die größte Krise seit dem zweiten Weltkrieg geführt. Der Zwang zu einer Produktion mit möglichst geringen Kosten der Verarbeitung erfordert die Auslastung der vorhandenen Zuckerfabriken. Die Abschaffung von Produktionsquoten und Mindestpreisen hat somit die Erhöhung der europäischen Produktion und die Orientierung zum Export auf den Weltmarkt ermöglicht und herausgefordert.

Durch massive Exportsubventionen und interne Preisstützungen insbesondere in Indien und Thailand sowie durch hohe Exportmengen aus Brasilien hat sich ein Verfall der Weltmarktpreise in kurzer Zeit ergeben. Die für die jetzige Situation verantwortliche Politik in Europa und Deutschland hat sich seitdem gemeinsam mit der Kommission in eine Beobachterrolle zurückgezogen und überlässt den gesamten Sektor einer existenziellen Krise. Dies ist angesichts der Lage völlig unzureichend!

Während die Anbauflächen in Europa für 2017 und 2018 enorm gesteigert wurden, ist 2019 mit europaweit sinkenden Anbauflächen zu rechnen. Die Auslastung eines Werkes ist die Basis für die Wirtschaftlichkeit! Daher führt eine Einschränkung des Anbaus unter den scharfen Wettbewerbsbedingungen des Weltmarktes bei europäischen Umweltauflagen und Kosten für Energie, Löhne sowie sozialen Rahmenbedingungen zur Unwirtschaftlichkeit von Standorten in Europa. Die unkontrollierte Entwicklung eines Strukturwandels der Produzenten und Verarbeitungsunternehmen führt zu einer Ausdünnung des Zuckerrübenanbaus in der Fläche. Damit wird die Produktion auch in wettbewerbsstarken Regionen gefährdet. Fabrikschließungen sind dann unvermeidbar.

Die Europäische Union und insbesondere die deutsche Politik fördern diese Krise sogar durch übereilte und unnötige Verbote von Pflanzenschutzmitteln und beschleunigen damit den wirtschaftlichen Niedergang einer funktionierenden Agrarproduktion und Verarbeitungsindustrie in Deutschland.

Mehr Krankheiten durch Klimawandel und weniger verfügbare Pflanzenschutzmittel

Besondere Schäden sind in den letzten Jahren durch neue Schädlinge und dadurch übertragene Krankheiten für einige Landwirte entstanden. Für das Anbaujahr 2019 erwarten wir aufgrund des Verbotes geeigneter Beizmittel zum Schutz vor Blattläusen eine Zunahme von Viruserkrankungen der Zuckerrüben.

Leider sorgen die gegenüber anderen Ländern Europas erschwerten Zulassungsbedingungen für Pflanzenschutzmittel in Deutschland zu einer Einstellung der Entwicklung geeigneter Mittel und einer massiven Verzögerung der Zulassung bereits beantragter Mittel. Wir fordern die konsequente Schaffung von praxisgerechten Alternativen bei der Bekämpfung von Schädlingen und eine Unterstützung bei der Erforschung der Ursachen für Viren- und Bakterienkrankheiten im Zuckerrübenanbau!

Ein Verbot neonikotinoidhaltiger Mittel ohne gleichwertige alternative Bekämpfungsmöglichkeiten sorgt für Einkommensverluste der bäuerlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz und Hessen! Gleichzeitig werden für Umwelt- und Bienenschutz keinerlei positive Effekte erzielt. Die Zuckerrübenanbauer in mindestens sechs europäischen Ländern können dagegen durch Unterstützung ihrer Politik auch in 2019 Neonikotinoide einsetzen. Dies sorgt für weitere Wettbewerbsnachteile für die deutschen Anbauer.

Die Zulassungssituation in Deutschland ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Behörden, die sich gegenseitig in der Zulassung blockieren. Wir fordern die Bundesregierung auf, die widerstreitenden Ministerien und Behörden zu einer funktionalen Struktur zu führen und endlich die in Europa beschlossene zonale Zulassung von Mitteln aktiv zu unterstützen und nicht wie derzeit zu verhindern.

Wettbewerbsverzerrungen durch die EU-Agrarpolitik

Deutschland ist der einzige Mitgliedsstaat der EU, der im Rahmen der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik generell auf freiwillige gekoppelte Zahlungen für einzelne Produkte verzichtet. Insgesamt fließen 4 Mrd. € in der EU in solche Zahlungen. Allein 1,7 Mrd. € werden für die extensive Rindviehhaltung aufgewendet, 0,8 Mrd. € für die Milchproduktion und 0,5 Mrd. € für Ziegen und Schafe.

Italien, Polen, Spanien, Ungarn, Rumänien, Griechenland, Tschechien, die Slowakei, Finnland und Kroatien zahlen ihren Zuckerrübenanbauern feste Prämien, wenn sie Zuckerrüben anbauen. Dies sind aktuell zwischen 266 und 630 €/ha, die je nach Land aus EU-Mitteln an die Zuckerrübenanbauer gezahlt werden. In Deutschland dagegen müssen die Zuckerrübenanbauer mit den anderen EU-Landwirten ohne Unterstützung konkurrieren.

Aufgrund dieser Wettbewerbsverzerrung durch gekoppelte Prämien in vielen EU-Ländern erfolgt eine Reduzierung auf den falschen Standorten, während gleichzeitig unter unwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in einigen EU-Ländern der Anbau durch staatliche Stützung erhalten wird. Der faire Wettbewerb ist somit faktisch ausgeschaltet.

Wir fordern die Bundesregierung auf, mit allen verfügbaren Mitteln eine Abschaffung nationaler wettbewerbsverzerrender Prämien durchzusetzen.

Moderne Landwirtschaft für die Herausforderungen der Zukunft unerlässlich

Wir fordern ein klares Bekenntnis der Politik zu einer wissenschaftsbasierten, fortschrittlichen Landwirtschaft des 21. Jahrhunderts. Nur eine moderne Landwirtschaft kann zunehmende Ertragsschwankungen und die Auswirkungen des Klimawandels bewältigen und somit die Ernährung einer wachsenden Menschheit sicherstellen. Der Einsatz von Pflanzenschutz ist dabei weltweit unersetzlich.

Zucker aus Zuckerrüben bleibt ein wichtiger und sicherer Bestandteil der Ernährung der Menschen. In zehn Jahren wird sich der globale Zuckerverbrauch vor allem wegen des Wachstums der Weltbevölkerung um ca. 20 % erhöhen.

<u>Eine Zerstörung der Zuckerproduktion in Deutschland und Europa muss durch einen</u> gemeinsamen Einsatz von Politik, Berufsstand und Industrie verhindert werden!

Worms und Mainz, Dezember 2018